

Geschäftsstelle der UOKG

Runder Tisch sexueller Missbrauch ohne DDR-Opfer

Berlin, 22. April 2010

Aufs Äußerste verärgert protestiert die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) gegen die bisherige Ignoranz der politisch Verantwortlichen des Runden Tisches sexueller Missbrauch gegenüber den Opfern sexueller und körperlicher Gewalt in den Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen der früheren DDR. Obwohl die UOKG wie auch andere Opfervereinigungen aus der DDR bereits im März auf die Problematik von Gewalt und sexuellem Missbrauch an Jugendlichen in den DDR-Einrichtungen hinwiesen, wurden diese Interventionen bisher ignoriert.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint sich der Fokus der politischen Klasse in Deutschland auf das bedauerliche Schicksal der westdeutschen Opfer zu beschränken.

Ist denn das Leid der oft aus politischen Gründen in den Heimen der DDR weggesperrten jungen Menschen weniger wert als das Leid der Zöglinge kirchlicher Einrichtungen in den alten Bundesländern oder der Kinder der gutbetuchten Oberschicht auf den westdeutschen Eliteschulen? Hier werden zwei Klassen von Opfern geschaffen, was tiefe Verletzungen bei den ostdeutschen Betroffenen nach sich ziehen kann.

Politiker der nachgeborenen Generation wie Frau Minister Manuela Schwesig können nicht über die persönliche Betroffenheit verfügen, um die jugendlichen DDR-Opfer am Runden Tisch zu vertreten.

Wir hoffen auf eine Entschuldigung von Ministerin Dr. Kristina Schröder, dass sie bei der Einberufung des Runden Tisches die Problematik der DDR-Opfer kaum wahrgenommen hat.

Wir erwarten, dass der Runde Tisch geeignete Strukturen entwickelt, um die bisher fast ausgeblendeten Schicksale der DDR-Opfer aufzuarbeiten und Vertreter der Opfer aus DDR-Heimen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der UOKG